

Politiker mit Migrationshintergrund Untervertreten in den Parlamenten

Der Vorstand der neuen «SP MigrantInnen Aargau» (v.l.): Esad Sadikovic, Rafik Abdullah, Theebigah Krishnathasan, Suat Karavus, Alime Köseciogullari, Florim Kadriu, Helena Santiago, Daniel Drozdov und Mario Cadinu. ZVG



Mission: Migranten motivieren

Jeder dritte Aargauer hat Migrationshintergrund, doch nur wenige haben ein politisches Amt. Die neue «SP MigrantInnen» will dies ändern. Was andere Parteien davon halten und welche Erfahrungen Politiker mit ausländischen Wurzeln machen

VON MANUEL BÜHLMANN

Gewählte Politiker sollen sich für die Interessen des Volks einsetzen, doch längst nicht alle Bevölkerungsgruppen sind in den Parlamenten gleichermaßen repräsentiert. Dies gilt für Bützer und Frauen, aber genauso für Migrantinnen und Migranten. Obwohl 36 Prozent der Aargauerinnen und Aargauer einen Migrationshintergrund haben, sind sie in den kantonalen und nationalen Parlamenten kaum vertreten.

Das soll sich ändern, finden die 33 Mitglieder der neu gegründeten «SP MigrantInnen Aargau». Ihre Mission: Personen mit Migrationshintergrund vermehrt an der Politik teilhaben zu lassen. Florim Kadriu, zusammen mit Esad Sadikovic zum ersten Co-Präsidenten gewählt, sagt: «Wir wollen Migranten die Politik zugänglicher machen und möglichst viele davon überzeugen, sich zu engagieren.» In dieser Bevölkerungsgruppe liege ein grosses, noch viel zu wenig genutztes Potenzial. Kadriu selbst hat 2016 für den Grossen Rat kandidiert und ein solides Resultat erzielt, wie er sagt. Gereicht für einen Sitz hat es nicht.

Geschafft hat den Sprung ins Kantonsparlament hingegen Parteikollege Ivica Petrušić. Der 40-Jährige politisierte ab 2004 für die SP sieben Jahre im Aarauer Einwohnerrat, später drei Jahre im Grossen Rat. «Die Zusammensetzung der Parlamente ist kein Abbild der Bevölkerung, das ist nach wie vor ein grosses Thema», sagt er. Als Präsident der parteiübergreifenden Bewegung «Second@s plus Aar-

gau» bemühte er sich darum, junge Migranten für die Politik zu motivieren. «Das ist uns zumindest ein wenig gelungen», sagt er im Rückblick. «Second@s plus Aargau» ist inzwischen aufgelöst worden. Die neue «SP MigrantInnen» hält er für einen Zwischenschritt; das Ziel müsse vielmehr sein, dass solche Organisationen gar nicht mehr benötigt werden. «Migranten wollen nicht separat, sondern als Teil der Gesellschaft behandelt werden.» Petrušić, der 2012 die Wiederwahl nicht schaffte, machte damals eine Erfahrung, die er «frustrierend» nennt: Sein Name wurde oft gestrichen - auch auf der SP-Liste.

«Eigene Listen sind Alibiübungen»

Ein Schicksal, das Kandidierenden mit ausländisch klingenden Namen besonders häufig droht: Forscher der ETH Zürich und der Uni Genf haben anhand der kantonalen Wahlen in Genf und Zürich nachgewiesen, dass Kandidierende mit ausländischen Familiennamen benachteiligt sind. Nenad Stojanovic von der Uni Luzern untersucht, ob sich dieses Phänomen auch bei den Nationalratswahlen 2015 nachweisen lässt. Zwar stünden die definitiven Ergebnisse noch aus, doch die Tendenz sei klar, sagt Stojanovic: «Nichtschweizerisch klingende Namen werden häufiger gestrichen.» Längerfristig sei diesem Verhalten nur mit der Bekämpfung von Vorurteilen beizukommen. Kurzfristig sieht Stojanovic die Parteien in der Verantwortung: Sie hätten es in der Hand, welche Listenplätze sie vergeben und wie viel mediale Präsenz sie ihren Kandidaten verschafften. «Eigene Listen für Migranten sind Alibiübungen.»

36

Prozent der Aargauer Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Zu dieser Gruppe zählen gemäss Definition des Bundes Personen ausländischer Staatsangehörigkeit und eingebürgerte Schweizer sowie die gebürtigen Schweizer mit Eltern, die beide im Ausland geboren wurden.

Die anderen grossen Kantonalparteien kennen keine Gruppen für Migranten. «Bei der FDP sind Personen mit Migrationshintergrund ebenso willkommen und gleichberechtigt wie alle anderen Personen. Wir benötigen daher kein separates Gefäss», sagt FDP-Präsident Lukas Pfisterer. Ähnlich tönt es bei Grünen-Präsident Daniel Hölzle: «Wir sehen keine Vorteile, die Migrantinnen und Migranten innerhalb der Partei zu separieren. Bei uns hat alles in einem Topf Platz, und das funktioniert gut so.» Ebenfalls keine parteiinterne Gruppe für Migranten kennt die SVP. Parteisekretär und Grossrat Pascal Furer hält die Untervertretung der Migranten in der Politik für kein Problem. In der SVP werde nicht zwischen Kandidierenden mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden.

Die CVP Aargau hat zwar eine Fachgruppe Migration und Integration, aber keine eigene Gruppe für Migranten. «Es dünkt mich heikel, Parteimitglieder in zwei Klassen «Migranten» und «Nicht-Migranten» einzuteilen», sagt Parteipräsidentin Marianne Binder. Sie stelle aber auch fest, dass im Kantonsparlament kaum Politiker mit ausländischen Namen sitzen. «Das muss man ernst nehmen.» Letztlich gelte für alle Kandidaten: «Vernetztheit ist wichtig, Engagement und eben auch ein gewisser Durchhaltewillen.» Einmal antreten reiche in der Regel nicht.

Zu wenig Zeit für die Politik

Eine Erfahrung, die auch GLP-Politiker Araz Abram gemacht hat. Bei den letzten Grossratswahlen erhielt er 387 Stimmen, aber keinen Sitz. Abram, vor 18 Jahren als

Asylsuchender aus dem Nordirak in die Schweiz gekommen und vor zwei Jahren eingebürgert, sagt: «Ich bin stolz, dass ich so schnell auf eine Liste gekommen bin.» Enttäuscht über die verpasste Wahl sei er nicht gewesen, hätte ihm als Geschäftsführer eines Restaurant- und Cateringbetriebs mit 17 Angestellten in Rheinfelden wohl ohnehin die Zeit gefehlt. Das war auch der Grund, warum Sukhwant Singh bei den letzten Grossratswahlen nicht mehr angetreten ist: Der Möhliner engagiert sich neben seiner Arbeit als Informations-Sicherheitsspezialist für Projekte in seiner früheren Heimat Indien. Im Grossen Rat habe er gute Erfahrungen gemacht. «Ich wurde wegen meines Migrationshintergrunds nie benachteiligt.»

«Migranten in der Pflicht»

Auch SVP-Politiker Naveen Hofstetter, der in Indien zur Welt kam und als Kleinkind adoptiert wurde, sagt: «Meine Herkunft war nie ein Nachteil.» Die Parteimitglieder teilten die gleichen Werte, da spiele keine Rolle, woher jemand komme. Hofstetter war Mitglied der «Neuen Heimat» - dem bürgerlichen Pendant zur «SP MigrantInnen» -, hält solche Gruppierungen allerdings für unnötig. Er sagt: «In der Pflicht sind die Migranten, nicht die Parteien. Jeder, der will, kann sich auf diese Weise integrieren.»

Anderer Meinung ist Florim Kadriu. Der Co-Präsident der «SP MigrantInnen» sieht die Parteien in der Pflicht: «Sie müssten vermehrt auf Migranten setzen und diese gezielt fördern.» Der Badener hat bereits ein Fernziel im Blick: das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer.



«Damit ich mich vertreten fühle, braucht es kein «ic» im Namen»

VON MANUEL BÜHLMANN

Herr Milic, Personen mit Migrationshintergrund sind gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in der Politik stark untervertreten. Warum?

Thomas Milic: Der Hauptgrund: Die wenigsten Leute lassen sich primär deshalb einbürgern, um an der Politik teilhaben zu können. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel der Beteiligungsdaten der Stadt St. Gallen. Bei den eingebürgerten Wahlberechtigten liegt die Beteiligung 10 bis 20, manchmal gar 30 Prozentpunkte tiefer als bei den gebürtigen Schweizern. Nachdenklich stimmt dabei, dass die grössten Differenzen ausgerechnet bei den Jungen festzustellen sind.

Inwiefern sind die Erkenntnisse aus St. Gallen auch aussagekräftig für den Aargau?

Die Befunde haben mit grosser Wahrscheinlichkeit auch in der übrigen Deutschschweiz ihre Gültigkeit. Angesichts dieser Ergebnisse überrascht es nicht, dass die Bevölkerungsgruppe der Migranten auch im Parlament nach wie vor unterdurchschnittlich vertreten ist.

Wie erklären Sie sich die tiefere Beteiligung?

Wir wissen, dass das soziale Umfeld und im Speziellen das Elternhaus eine wichtige Rolle spielen für die politische Sozialisation. Wer zu Hause nicht mit politischen Themen in Berührung kommt, beschäftigt sich meist auch später nicht damit. Das Interesse an der Politik ist zudem generell tiefer bei Personen mit geringem Einkommen und Bildungsstand, in jener gesellschaftlichen Schicht also, zu welcher

THOMAS MILIC



Der Politologe, 46, ist Projektmitarbeiter am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) sowie Lehrbeauftragter an der Universität Zürich.

vergleichsweise viele Migranten zählen. Diese Gruppen - also Bildungsferne und Einkommensschwache - sind im Parlament ja ebenfalls stark untervertreten. Das politische Interesse hat deshalb nicht nur mit dem Migrationsstatus zu tun, sondern auch mit sozioökonomischen Faktoren.

Was lässt sich dagegen unternehmen?

Das politische Interesse zu wecken, ist keine einfache Angelegenheit. Die politische Bildung in der Schule zu verstärken, ist eine Option, allerdings darf man sich davon keine Wunderdinge erhoffen. Die Schüler sind entweder zu jung, um das Gelernte direkt umsetzen zu können, oder können in der Politik noch keine persönliche Betroffenheit erkennen, weshalb dies doch oft eine trockene Angelegenheit bleibt.

Ist die Untervertretung der Migrantinnen und Migranten für die Demokratie ein Problem?

Nicht zwangsläufig. Die zentrale Frage ist: Fühlen sich die Migranten selbst angemessen vertreten? Mir persönlich ist die politische Haltung eines Politikers zum Beispiel viel wichtiger als seine Herkunft. Damit ich mich vertreten fühle, braucht es kein «ic» im Namen.

Kanti-Lehrer wehren sich erfolgreich gegen Reform

Mittelschulen Die geplanten 80-Minuten-Lektionen sind vorderhand vom Tisch

VON JÖRG MEIER

Auf den ersten Blick war das neue Unterrichtsmodell 2019+ der Rektorenkonferenz bestehend: mehr Naturwissenschaften, weniger Sprachen, mehr politische Bildung, weniger Schulzeit - und nur noch Lektionen, die 80 Minuten dauern. Das Modell war einerseits die Antwort auf den Sparbefehl der Regierung und sollte gleichzeitig die Weiterentwicklung der Mittelschulen in Gang setzen. Einsparungen von 1,6 Millionen Franken pro Jahr wären möglich gewesen.

Doch das Projekt kann nicht umgesetzt werden, die Kombination von Sparauftrag und Schulentwicklung ist in dieser Form vorerst nicht umsetzbar. Gescheitert ist das Modell am heftigen Widerstand der Mittelschullehrpersonen. «Es gibt zum jetzigen Zeitpunkt keinen Rückhalt für das Modell», erklärte Daniel Franz, Präsident der Rektorenkonferenz.

Kritik ernst genommen

Bereits der Ansatz, die Weiterentwicklung der Schule mit dem Sparauftrag zu koppeln, stiess bei den Lehrpersonen auf Ablehnung. Konkret wurde kritisiert, dass das vorgeschlagene Modell zu einer Verkürzung der Unterrichtszeit für Schülerinnen und Schüler führe, die Lehrpersonen aber nochmals zusätzlich belaste. Zudem sei ein Wechsel zu 80 Minuten dauernden Lektionen nicht für alle Fächer sinn-

voll. Aber auch die Stundenplaner meldeten sich zu Wort. Sie zeigten auf, dass an gewissen Schulen keine zumutbaren Stundenpläne mehr erstellt werden könnten. Die Sprachlehrer monierten die vorgesehene Reduktion der Stundendotation bei der zweiten Landessprache und im Englisch.

Auf der anderen Seite haben sowohl der Erziehungsrat als auch die Schulkommissionen verschiedener Mittelschulen im von der Rektorenkonferenz vorgeschlagenen neuen Unterrichtsmodell 2019+ einen zweckmässigen und ausbaufähigen Ansatz erkannt, der weiterverfolgt werden soll.

«Wir sind sehr froh, dass die Rektorenkonferenz die Bedenken der Lehrerschaft ernst genommen hat und jetzt einen Marschhalt einschaltet», sagte Michael Bouvard, Co-Präsident des Verbandes der aargauischen Mittelschullehrpersonen. Es sei für den Verband klar, dass die Mittelschule sich weiterentwickeln müsse; dafür werde sich der Verband auch gerne engagieren und mit den Rektoren zusammenarbeiten. «Aber Sparauftrag und Weiterentwicklung müssen klar voneinander getrennt bleiben», forderte Bouvard.

Erst Sparen, dann die Reform

Das Projekt «Unterrichtsmodell 2019+» sei nicht gescheitert, sagte Daniel Franz. Die Diskussionen hätten viel in Bewegung gesetzt. Es gelte nun, die vielen kritisch-konstruktiven und überzeugenden Hinweise bei der Weiterar-

beit zu berücksichtigen. Das brauche mehr Zeit als vorgesehen. «Bildungsdirektor Alex Hürzeler und die Rektorenkonferenz sind aber nach wie vor überzeugt, dass es eine Weiterentwicklung der Aargauer Kantonsschule braucht», betonte Franz. Und ebenso klar sei, dass diese nur gelingen könne, wenn tragfähigere Lösungen gefunden werden können. Im März 2018 werden die Rektoren informieren, wie es mit den Aargauer Kantonsschulen weitergehen soll.

Nicht vertagt werden kann hingegen der Sparauftrag. Die Mittelschulen müssen der Regierung mitteilen, wo und wie sie 1,6 Millionen Franken pro Jahr einsparen wollen. Nachdem das Unterrichtsmodell 2019+ zurück an den Absender geschickt wurde, müssen die Mittelschulen konventionell sparen. «Wir werden die Stundentafeln überprüfen und allenfalls anpassen müssen», sagte Franz, «und wir werden versuchen, vermehrt noch Synergien zwischen den einzelnen Schulen zu nützen». Kein Thema aber ist für ihn die Erhöhung der Pflichtstundenzahl für die Lehrpersonen.

Auch für Michael Bouvard ist klar: «Es darf nicht wieder auf Kosten der Lehrer gespart werden.» Sparmöglichkeiten sieht Bouvard einzig beim Sachaufwand, der reduziert werden könnte oder im Bereich der zusätzlichen Leistungen und Projekte, mit welchen sich die einzelnen Schulen im Konzert der Mittelschulen zu profilieren versuchen.

Versicherter stolpert über falsche Angaben im Arzzeugnis

Urteil Die Krankenkasse Swica hat einem Versicherten zu Recht keine Tagelder wegen Arbeitsunfähigkeit ausbezahlt. Das Bundesgericht hat einen Entscheid des Aargauer Verwaltungsgerichts bestätigt.

Krankenversicherung, bei welcher der frühere Arbeitgeber eine kollektive Taggeldversicherung für die Mitarbeiter abgeschlossen hatte, die Auszahlung von Taggeldern. Die Swica verneinte jedoch ihre Leistungspflicht mit der Begründung, die Arbeitsunfähigkeit sei erst nach der Entlassung des Versicherten entstanden.

Vor ziemlich genau einem Jahr klagte der Entlassene beim Versicherungsgericht des Kantons Aargau und forderte von der Swica Taggelder in der Höhe von über 20 000 Franken. Das Versicherungsgericht wies die Klage mit der Begründung ab, der Entlassene habe nicht beweisen können, dass vor der Kündigung eine Arbeitsunfähigkeit eingetreten war. Denn ein von einem Arzt verfasstes Arbeitsunfähigkeitszeugnis war nicht über alle Zweifel erhaben.

Vorab war die attestierte Arbeitsunfähigkeit nicht hinreichend durch eine Diagnose erklärt.

Weder willkürlich noch unhaltbar

Vor allem aber, so das Versicherungsgericht, wurde der Entlassene im Arzzeugnis rückwirkend per Donnerstag, 17. März 2016 für arbeitsunfähig erklärt, obwohl er an diesem und am folgenden Tag noch gearbeitet hatte. Eine Arbeitsunfähigkeit sei deshalb nicht erstellt. Diese Beweiswürdigung ist für das Bundesgericht nachvollziehbar und entgegen der Auffassung des Versicherten nicht willkürlich oder unhaltbar. Es hat deshalb die Beschwerde des Mannes abgewiesen und die Verweigerung der Taggelder bestätigt. Der Versicherte muss die Gerichtskosten von 5000 Franken bezahlen. (TZ) URTEIL 4A_587/2017

NACHRICHTEN

DENSBÜREN
Alkoholisierter 26-Jähriger kommt von Strasse ab



Eine 26-jährige Schweizerin kam in der Nacht auf Sonntag in Densbüren von der Strasse ab und rutschte eine Böschung hinunter. Gemäss ersten Erkenntnissen musste sie einem entgegenkommenden Auto ausweichen, worauf sie die Herrschaft über ihren Hyundai verlor. Die Frau zog sich leichte Verletzungen zu. Der Atemlufttest ergab einen Wert von über 0,8 Promille. (AZ)

LEUGGERN
Autofahrer verletzt sich bei einem Selbstunfall

Am Samstagnachmittag fuhr ein 72-jähriger Schweizer in Leuggern Richtung Leibstadt. Er kam von der Fahrbahn ab, worauf sich das Auto überschlug und auf den Rädern im Acker zum Stillstand kam. Der Fahrer zog sich dabei mittelschwere Verletzungen zu. Die Staatsanwaltschaft Brugg-Zürich ordnete beim Verunfallten eine Blut- und Urinentnahme an und eröffnete eine Untersuchung. Diese soll klären, weshalb der Mann die Herrschaft über sein Auto verloren hatte. (AZ)

OBERSIGGENTHAL
Auf der Gegenfahrbahn eine Kollision verursacht

In Obersiggenthal geriet eine 69-jährige Schweizerin am Samstagnachmittag auf die Gegenfahrbahn der Landstrasse, wo sie mit einem entgegenkommenden Ford kollidierte. Dieser prallte nach dem Zusam-

menstoss in ein weiteres Fahrzeug. Beim Unfall wurde niemand verletzt. Der Sachschaden beträgt zirka 50 000 Franken. Die Ermittlungen zur Klärung der Unfallursache wurden eingeleitet. (AZ)

WÜRENLOS
Mit 139 km/h in der 80er-Zone geblitzt

Die Kantonspolizei führte am Samstag auf der Furttalstrasse in Würenlos Geschwindigkeitskontrollen durch. Gleich mehrere Personen hielten sich nicht an die Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h. Die Polizei stoppte kurz nach dem Mittag einen 47-jährigen Autofahrer, der mit 139 km/h geblitzt worden war. Der Schweizer wurde an die Staatsanwaltschaft verzeigt und musste den Führerausweis abgeben. Ausserdem erwischte die Polizei zwei Automobilisten, die mit Geschwindigkeiten von 114 und 115 km/h unterwegs waren. Sie durften nach der Verzeigung weiterfahren, doch ihnen droht ebenfalls der Führerausweisentzug. (AZ)